



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungssteuerung und BA WAW
Herrn Klaus Jürgen Reese
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Es informiert Sie	Ulf Klebert
Anschrift	Rathaus Barmen Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	563 6510
Fax (0202)	244 0987
E-Mail	klebert@spdrat.de
Datum	04.11.2024
Drucks. Nr.	VO/1362/24 öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
05.11.2024	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW

Antrag zur Tagesordnung der SPD- Fraktionen zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 09.09.2024 zur Drucksache VO/0994/24 „Strategische Weiterentwicklung der Grundstückswirtschaft,, Antrag der SPD-Fraktion vom 04.11.2024

Sehr geehrter Herr Reese,

die SPD-Fraktion beantragt, der Beschlussvorschlag zur o. g. Drucksache wird wie folgt geändert beschlossen:

1. Die strategische Neuausrichtung der Grundstückswirtschaft gemäß Bericht der Verwaltung vom 14.08.2024 (VO/0994/24) wird ausdrücklich begrüßt.
2. Die Grundstückswirtschaft wird gebeten, nach Ablauf von zwei Jahren, über die erreichten Fortschritte erneut zu berichten.

Begründung

Die dargestellte strategische Weiterentwicklung der städtischen Grundstückswirtschaft wird ausdrücklich begrüßt.

Um diesen Weiterentwicklungsprozess politisch konstruktiv zu begleiten, legt die Verwaltung einen erneuten Bericht über die erreichten Fortschritte nach ca. zwei Jahren vor. Ein ausreichend langer Zeitraum ist hierbei wichtig, da es sich um ein Thema handelt, das langfristig zu denken und zu entwickeln ist.

Entgegen des o. g. Antrags der Ratsfraktionen von CDU und FDP ist keine Notwendigkeit erkennbar, die „Strukturen, Aufgaben, Abläufe und Zuständigkeiten des Themenfelds Grundstückswirtschaft“ neu auszurichten.

Wie dem Bericht der Verwaltung zu entnehmen war, geht es vielmehr um eine inhaltliche Weiterentwicklung als zentraler Bestandteil des kommunalen Vermögensmanagements.

Es ist doch positiv hervorzuheben, dass hier eine wichtige und funktionstüchtige Abteilung des Ressorts Finanzen von sich aus eine Weiterentwicklung in der Wahrnehmung ihrer ihr zugeordneten Aufgaben anstrebt. Dem Bericht der Verwaltung war weder die Absicht noch der Bedarf einer organisatorischen Neuausrichtung zu entnehmen.

Darüber hinaus ist nicht notwendig, ein Projektteam einzurichten, zumal der Antrag von CDU und FDP vollkommen offenlässt, mit welcher inhaltlichen Zielsetzung dies geschehen sollte. Unabhängig davon wären sonst auch alle betroffenen Leistungseinheiten zu implementieren, die maßgeblich betroffen wären. Es fehlen z.B. GMW, Stadtbetrieb Schulen, Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder, etc.

Nicht erkennbar ist, aufgrund welcher Überlegungen die CDU und FDP einen Antrag stellen, dessen angestrebte Beschlussfassung durch einen Eingriff in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters, durch diesen zu beanstanden wäre.

Im Übrigen wurde klar herausgearbeitet, dass die politischen Entscheidungen, seien sie planungsrechtlicher Art, seien sie haushaltsrechtlicher Art oder seien es Entscheidungen über Grundstückskäufe / -verkäufe, selbstverständlich wie bisher den politischen Gremien obliegen. Dem Rat und seinen Gremien obliegen über die vorgenannten Entscheidungsprozesse alle politischen Gestaltungsparameter.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ben Thuncke
Stadtverordneter